

## **T-1 Tagesordnung**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.05.2022  
Tagesordnungspunkt: T Formalia

### **Antragstext**

- 1 Als Bundesvorstand schlagen wir folgende Tagesordnung vor:
- 2 TOP 1 Formalia
- 3 TOP 2 aktuelle politische Lage
- 4 TOP 3 Finanzen
- 5 TOP 4 antirassistische Strategien
- 6 TOP 5 Rechenschaft der Fachforen
- 7 TOP 6 Verschiedenes

## **L-1 Solidarität leben – Antrag zur Unterstützung der Ukraine**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 20.06.2022  
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Die GRÜNE JUGEND ist ein internationalistischer Verband. Als solcher mischen wir  
2 uns in Debatten der europäischen und globalen Politik ein und setzen uns für  
3 internationalen Frieden ein. Nach dem Zerfall der Sowjetunion bekam die Ukraine  
4 in den 1990er-Jahren in der europäischen Sicherheitsarchitektur einen Platz  
5 zwischen den Fronten aus NATO und Russland zugewiesen. Schritte der Ukraine,  
6 sich dem Westen anzunähern, wurden von Russland früh als Bedrohung der eigenen  
7 Machtposition wahrgenommen und mündeten 2014 in die völkerrechtswidrige Annexion  
8 der Krim. Der seitdem schwelende Konflikt wurde am 24. Februar 2022 durch den  
9 russischen Angriff auf die Ukraine eskaliert. Seitdem herrscht in der Ukraine  
10 ein schrecklicher Krieg, der für die Menschen in der Ukraine unvorstellbares  
11 Leid bedeutet. Dieser Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden. Dies  
12 kann jedoch nicht durch einen Diktatfrieden geschehen, sondern nur auf eine Art  
13 und Weise, die es allen Ukrainer\*innen ermöglicht, frei und demokratisch  
14 zusammenleben zu können.

15 Auf dem Weg dahin muss bei jeder Form politischen Handelns der Schutz von  
16 Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Besonders als Teil der politischen  
17 Linken ist für uns als GRÜNE JUGEND die Frage, wie dieses politische Handeln  
18 aussehen kann, eine komplexe, teils mit unseren pazifistischen Grundwerten im  
19 Widerspruch stehende. Klar ist jedoch: Die Diskussion um eine Wiedereinführung  
20 der Wehrpflicht und das Einsetzen des Sondervermögens für die Bundeswehr sind  
21 konservative Scheinlösungen unter dem Deckmantel der Solidarität. Es sind teure  
22 Symbole, die keinen aktiven Beitrag zum Ende dieses Krieges setzen und den  
23 Menschen in der Ukraine nicht helfen. Sie senden als potentielle Auslöser einer  
24 Aufrüstungsspirale ein falsches Signal an die internationale Gemeinschaft und  
25 müssen deshalb als politischer Irrweg abgelehnt werden.

26 Schon jetzt bewerten Friedensforscher\*innen die Gefahr einer atomaren  
27 Auseinandersetzung als so groß wie seit Ende des Kalten Kriegs nicht mehr. Die  
28 Antworten darauf müssen Diplomatie und Deeskalation, nicht Aufrüstung und  
29 Eskalation sein. Es gilt jetzt linke Antworten auf komplexe Fragen der Außen-  
30 und Sicherheitspolitik zu finden und so den Menschen in der Ukraine wirklich zu  
31 helfen. Diese brauchen nicht nur unsere Solidarität, sondern echte Unterstützung

32 – jetzt, aber auch wenn der Krieg vorbei sein wird. Unterstützung umfasst dabei  
33 viele verschiedene Bereiche und Formen.

### 34 **Humanitäre Hilfe**

35 Wir sehen, dass aktuell eintritt, was schon Ende Februar befürchtet wurde: Die  
36 anfänglich große Solidarität ebbt nach und nach ab, Spenden werden geringer und  
37 Hilfsprogramme werden eingestellt. Dabei wird die humanitäre Krise nur größer,  
38 je länger der Krieg dauert. Deshalb setzen wir uns für umfangreiche humanitäre  
39 Hilfen jetzt und in Zukunft ein. Diese dürfen erst eingestellt werden, wenn das  
40 Leid der Menschen in der Ukraine beendet wurde. Auch beim gesellschaftlichen und  
41 infrastrukturellen Wiederaufbau muss Hilfe geleistet werden. Dafür ist eine  
42 Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit nötig.

### 43 **Allen Menschen die Flucht und ein sicheres Unterkommen** 44 **ermöglichen**

45 Mehr als 13,5 Millionen Ukrainer\*innen sind derzeit auf der Flucht, und es  
46 werden jeden Tag mehr. Schon in den ersten Tagen nach dem russischen Überfall  
47 breitete sich durch ganz Deutschland und Europa eine große Welle an Solidarität  
48 für die Menschen aus der Ukraine aus. Notunterkünfte und unbürokratische  
49 Soforthilfen wurden vielerorts gewährt. Zugleich zeigt sich, dass staatliche  
50 Strukturen nach 2015 nicht hinreichend reformiert wurden, und die größte Last  
51 weiterhin auf dem Engagement und Einsatz von Ehrenamtlichen liegt. Dies ist  
52 fahrlässig und nicht zu verantworten. Stattdessen braucht es endlich  
53 zuverlässige Aufnahmestrukturen, die Menschen wie Menschen behandeln und echte  
54 Perspektiven schaffen. Dabei muss den Ansätzen einer Klassifizierung von  
55 Geflüchteten anhand von Kriterien wie Herkunftsland oder Religion entschieden  
56 entgegengetreten werden. Asyl ist ein universelles Menschenrecht, und muss  
57 endlich als solches anerkannt und durchgesetzt werden. Das heißt, dass  
58 insbesondere auch Menschen, die sich als Drittstaatler\*innen in der Ukraine  
59 aufgehalten haben und Männer, die vor der zwangsweisen Teilnahme an den Kämpfen  
60 geflohen sind, aufgenommen werden müssen. Aber auch Menschen, die als  
61 Dissidenten und Kriegsgegner\*innen aus Russland fliehen, müssen bei uns Schutz  
62 finden können.

### 63 **Sanktionen als Mittel, um Verhandlungsdruck zu erhöhen**

64 Wir müssen der russischen Politik entschieden entgegenreten.  
65 Wirtschaftssanktionen treffen dabei oft die am meisten, die am wenigsten haben.  
66 Trotzdem sind sie als Mittel der Auseinandersetzung derzeit unumgänglich. Sie  
67 müssen deshalb so zugeschnitten werden, dass sie so gut wie möglich auf die  
68 Menschen begrenzt werden, die in Wirtschaft und Politik an den Hebeln der Macht  
69 sitzen und nicht die treffen, die ohnehin schon unter den Auswirkungen des

70 Kriegen und der russischen Politik leiden. Insbesondere Sanktionen gegen  
71 Oligarchen als wichtige Stützen des Regimes müssen dabei konsequent durchgesetzt  
72 werden und dürfen nicht bei der formalen Androhung stehenbleiben. Eine  
73 authentische Politik der Solidarität mit der Ukraine bedeutet auch ein Ende der  
74 Finanzierung der russischen Kriegsführung durch die Hintertür. Deutschland ist  
75 derzeit der größte Abnehmer von russischem Gas, bei den Importen von Öl der  
76 zweitgrößte. Energiegeschäfte machten etwa ein Drittel des russischen  
77 Staatshaushalts aus. Damit beteiligt sich Deutschland aktuell indirekt an der  
78 Finanzierung des russischen Angriffskriegs. Wir fordern daher: keine weiteren  
79 Geschäfte mit Putin! Es braucht ein schnelles, konsequentes und dauerhaftes  
80 Embargo gegen Energieimporte aus Russland.

81 Dabei wird uns ein Rückfall auf fossile Energien anderer Art nicht retten. Eine  
82 verlängerte Nutzung von Kohleenergie, Atomkraft oder ein langfristiger Ausbau  
83 von LNG-Terminals sind Scheinlösungen, die wir nicht zulassen dürfen. Vielmehr  
84 müssen die Bewältigung von Krieg und Klimakrise zusammengedacht werden. Wir  
85 brauchen eine größere Energieeffizienz, umfassende Energieeinsparungen in allen  
86 Sektoren, Turbo bei den Erneuerbaren, eine konsequente Wärmewende und eine  
87 Strategie für einen Gasausstieg bis 2035. Dies alles darf dabei nicht auf dem  
88 Rücken derjenigen finanziert werden, die schon jetzt unter steigenden Preisen  
89 leiden, sondern durch eine Abkehr von der Schuldenbremse, der Abschöpfung von  
90 Übergewinnen und der Besteuerung großer Vermögen. Nur darin liegt eine  
91 nachhaltige Lösung, die uns vor künftigen Kriegen bewahren kann.

### 92 **Keine Gewinne mit dem Krieg**

93 Wir erkennen an, dass Waffenlieferungen an die Ukraine zum Schutz der  
94 ukrainischen Bevölkerung notwendig waren. Gleichzeitig kritisieren wir, dass die  
95 militärische Unterstützung in der Rüstungsindustrie für Milliardengewinne sorgt.  
96 Wir setzen uns für eine Vergesellschaftung von Rüstungsunternehmen ein, um einen  
97 Profit Weniger am Leid Vieler zu verhindern und einer Aufrüstungsspirale  
98 entgegenzutreten.

### 99 **Russische Oppositionelle unterstützen statt isolieren**

100 Der russische Angriffskrieg beweist erneut, dass vor allem die einfachen  
101 Menschen diejenigen sind, die unter den Folgen eines Krieges leiden. Dies gilt  
102 auch für die russische Zivilbevölkerung, die seit Jahren unter Putins Regime  
103 leidet und deren Proteste immer wieder gewaltsam niedergeschlagen werden, im  
104 Versuch, jeglichen Widerspruch im Keim zu ersticken. Unsere Solidarität gilt all  
105 jenen, die sich trotz aller Repressionen auf russischer Seite gegen den Krieg  
106 stellen und versuchen, den Widerstand zu organisieren und auf die Straße zu  
107 bringen. Sie gilt es konsequent zu unterstützen, statt beispielsweise durch  
108 Sanktionen im kulturellen Bereich weiter zu schwächen.

109 Verantwortlich für den Krieg ist die russische Regierung, nicht die Menschen,  
110 die selbst unter dem Regime leiden. Wir stellen uns solidarisch an die Seite  
111 jener, die aufgrund ihrer russischen Herkunft Ausgrenzung und Rassismus erfahren  
112 und für den Krieg verantwortlich gemacht werden.

### 113 **Globale Auswirkungen in den Blick nehmen**

114 Der Krieg in der Ukraine hat Folgen für die ganze Welt. Die Ukraine und Russland  
115 ernten zusammen mehr als ein Viertel des Weizens und 15 Prozent des Mais  
116 weltweit. Russland hat einen Exportstopp auf Getreide verhängt und die Bestände  
117 der Ukraine können infolge des Kriegs in weiten Teilen nicht geerntet und  
118 transportiert werden. Dies stellt eine enorme Gefahr für die globale  
119 Ernährungssouveränität dar. Es besteht ein Risiko für weltweite Krisen und die  
120 Destabilisierung ganzer Weltregionen, wie sie mit den sich verschärfenden  
121 Hungerrevolten im Iran schon jetzt zu beobachten sind. Dem muss durch eine  
122 Förderung der Entwicklungszusammenarbeit mit besonders stark von Hunger  
123 betroffenen Regionen dringend entgegengewirkt werden. Gleichzeitig sehen wir: Es  
124 sind mehr als genug Nahrungsmittel für alle da. Es fehlt nicht an der Menge,  
125 sondern es hängt an der Frage, wie das Produzierte verteilt und verwendet wird.

### 126 **Außenpolitik solidarisch denken**

127 Außenpolitik wird viel zu oft in wirtschaftlichen Interessen gedacht und viel zu  
128 selten an den Bedürfnissen von Menschen ausgerichtet. Wir als GRÜNE JUGEND  
129 stehen ein für eine Politik für Menschen statt für Profite.

130 Internationale Solidarität darf nicht nur ein Ruf auf Demonstrationen und  
131 Kundgebungen sein, sondern muss endlich international gelebt werden! Dafür  
132 setzen wir uns als GRÜNE JUGEND jetzt und in Zukunft weiter ein.

## **L-2 Für Sicherheit, gegen Aufrüstung**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 20.06.2022  
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Am 27. Februar, nur 5 Tage nach Ausbruch des Krieges, verkündete Olaf Scholz als  
2 Antwort auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine die Einrichtung eines  
3 Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr.

4 Diese Gelder helfen jedoch der Ukraine in der Verteidigung gegen den russischen  
5 Angriff nicht unmittelbar. Wie mit dieser langfristigen Aufrüstung,  
6 beispielsweise der Anschaffung von bewaffneten Drohnen, der Ukraine konkret im  
7 Hier und Jetzt geholfen werden soll, bleibt unklar. Statt sich einer ehrlichen  
8 Debatte über Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine und die Verteidigung der  
9 osteuropäischen Demokratien zu stellen, soll jetzt die Bundeswehr im  
10 Hauruckverfahren aufgerüstet werden.

11 Rechtsradikale lassen ungestört Waffen aus Bundeswehrbeständen verschwinden, es  
12 fehlt an Unterwäsche und Helmen und Berater\*innen verdienen sich an der  
13 Bundeswehr eine goldene Nase. Diese Probleme sind durch ein Mehr an Geld nicht  
14 zu beheben. Bei den 100 Milliarden droht ein erneutes Debakel aus unklaren  
15 Geldströmen. So gehen aktuelle Studien davon aus, dass bis zu einem Drittel der  
16 100 Milliarden erneut versickern könnten. Wir haben ein Struktur-, kein  
17 Geldproblem in der Bundeswehr.

18 Eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr ist nachvollziehbar, aber eine  
19 Aufrüstungsspirale muss verhindert werden.

### **Nicht das Geld fehlt, sondern der politische Wille!**

21 Aber was mehr als alles andere an der Einsetzung des Sondervermögens deutlich  
22 wurde:

23 Wenn darüber gesprochen wird, dass kein Geld für Hartz -IV-Beziehende da ist,  
24 kein Geld für die Sanierung von Schulen, oder für kostengünstigen ÖPNV, dann ist  
25 das schlicht gelogen. Denn es fehlt offensichtlich nicht am Geld, sondern  
26 lediglich am politischen Willen. Während jetzt 100 Milliarden für Rüstung  
27 ausgegeben werden sollen, schlittern wir im nächsten Herbst und Winter  
28 ungebremst in eine soziale Notlage. Die Lebensmittelpreise werden immer teurer,

29 Mietkonzerne wollen die Miete noch weiter erhöhen und die Angst vor der nächsten  
30 Heizkostenabrechnung ist jetzt schon allgegenwärtig. Reiche werden reicher, Arme  
31 werden ärmer. Und der Staat greift nicht zu den Mitteln, die notwendig wären, um  
32 das zu ändern. Wir haben als Grüne Jugend in den letzten Wochen und Monaten  
33 gemeinsam eine starke Kampagne auf die Beine gestellt. Mit unzähligen  
34 Ortsgruppen und Bündnispartner\*innen waren wir auf den Straßen und Marktplätzen  
35 und sind ins Gespräch gekommen mit unseren Nachbar\*innen, Kolleg\*innen und  
36 Passant\*innen. Auch wenn das Sondervermögen nun im Bundestag beschlossen wurde,  
37 haben wir im Prozess der letzten Wochen viele kleinere und größere  
38 Auseinandersetzungen gewonnen und dabei eins klar gemacht: Die Grüne Jugend ist  
39 eine verlässliche Bündnispartnerin im Kampf gegen Aufrüstung und für echte  
40 soziale Sicherheit.

### 41 **Probleme in der Bundeswehr endlich anpacken**

42 Dass Milliarden in die Bundeswehr gesteckt werden, ohne dass etwas an deren  
43 Strukturen geändert wird, darf unter keinen Umständen passieren. Eine  
44 Bedarfsprüfung der Bundeswehr und eine Reform des Beschaffungswesens muss  
45 umgehend geschehen. Dabei müssen auch die Bereiche der Cybersicherheit als auch  
46 des Katastrophenschutzes mitgedacht und gestärkt werden. Ein endgültiges  
47 nachhaltiges Zerschlagen aller rechter Netzwerke in der Bundeswehr sowie die  
48 Verhinderung von neuen rechten Strukturen muss besondere Priorität einnehmen.

49 Sicherheit ist mehr als Militär. In Zeiten multipler Krisen braucht es einen  
50 erweiterten Sicherheitsbegriff. Dieser hat für uns verschiedene Facetten:

### 51 **Menschenrechte international schützen**

52 Wir brauchen mehr Gelder für die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die  
53 1:1 Regel aus dem Koalitionsvertrag, nach der jeder Euro, der in Rüstung fließt,  
54 auch in die Entwicklungszusammenarbeit fließt, muss eingehalten werden! Es muss  
55 internationale Bekämpfung von Fluchtursachen geben. Menschen verlassen ihre  
56 Heimat, weil ihre Lebensgrundlage durch Kriege, Ausbeutung und Klimawandel  
57 zerstört wird. Waffenlieferungen aus Europa sind für die Vertreibung von etwa  
58 1,1 Millionen Menschen in Kriegsgebieten verantwortlich. Statt Gelder in die  
59 Bekämpfung und Verhinderung dieser menschengemachten Krisen zu stecken, werden  
60 als Antwort auf die Fluchtbewegung die EU Außengrenzen schon seit Jahren  
61 hochgerüstet. Auch hier funktioniert Sicherheit anders! Das bedeutet im  
62 Angesicht der Klimakrise zum Beispiel, dass Industrieländer Geld zur sofortigen  
63 Finanzierung des internationalen Klimafonds bereitzustellen.

### 64 **Energieunabhängigkeit schafft Sicherheit**

65 Die Energiepreiskrise zeigt erneut auf harte Weise, dass die Abhängigkeit von

66 fossilen Energien aus Russland oder Katar beendet werden muss. Erst dann kann  
67 Energiesicherheit mit niedrigen Preisen erreicht werden. Ob beim Heizen, beim  
68 Tanken oder beim Blick auf die Aktienkurse von Rüstungskonzernen - dieser Krieg  
69 kennt viele Verlierer, aber zugleich auch Gewinner. Unternehmen nutzen die  
70 Situation, um ihre Profite weiter zu erhöhen. Dem muss ein Riegel vorgeschoben  
71 werden, beispielsweise in Form einer Übergewinnsteuer und eines  
72 Energiepreisdeckels.

### 73 **Sicherheit ist eine soziale Frage**

74 Die Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. Hier ist es die Verantwortung des  
75 Staates, einzugreifen und soziale Härten konsequent abzufedern. Dafür braucht es  
76 Finanzierungsspielräume, damit nicht nur die akute Preissteigerung ausgeglichen  
77 werden kann, sondern gerade auch die, die im Herbst und Winter noch auf uns  
78 zukommen wird. Dafür muss die Schuldenbremse auch 2023 ausgesetzt werden! Die  
79 ersten beiden Entlastungspakete sind erste Schritte in die richtige Richtung,  
80 doch dabei darf es nicht bleiben. Gerade jene, die bei diesen Paketen kaum  
81 Berücksichtigung gefunden haben, ob Arbeitssuchende, Studierende oder  
82 Rentner\*innen, müssen stärker in den Blick genommen werden. Einmalzahlungen wie  
83 die Heizkostenpauschale sind richtig und notwendig, jedoch braucht es auch  
84 strukturelle Antworten. Ob ein regelmäßiges Klimageld, eine deutliche Erhöhung  
85 der Hartz-IV-Regelsätze sowie eine armutsfeste Ausbildungsvergütung - die  
86 soziale Frage ist die zentrale Frage, wenn es um Sicherheit geht. Vermeintlich  
87 soziale Maßnahmen wie ein Tankrabbat, von dem vor allem Mineralölkonzerne  
88 profitieren, lehnen wir ab. Stattdessen braucht es Maßnahmen, die dort  
89 entlasten, wo die Entlastung gebraucht wird. Niemand sollte am Essen sparen oder  
90 in Sorge vor der Nebenkostenabrechnung leben müssen!

91 Die Krisen, in denen wir uns befinden, sind Ausdruck globaler Ungleichheit und  
92 eines Wirtschaftssystems, welches Mensch und Natur ausbeutet und zur Konkurrenz  
93 zwingt. Sicherheit zu schaffen bedeutet auch, auf eine Wirtschaftsweise  
94 hinzuarbeiten, in der nicht Viele leiden müssen, damit Wenige gewinnen!

### 95 **Blicken wir nach vorn!**

96 Auch wenn das Sondervermögen beschlossen ist, werden wir uns als Grüne Jugend  
97 nicht geschlagen geben, sondern weiter für all jene Anliegen kämpfen, die  
98 tatsächliche Sicherheit schaffen. Die soziale Flanke der Ampel-Regierung wird  
99 sich nicht von alleine schließen. Wir müssen uns für unsere Interessen selbst  
100 stark machen!

101 Gemeinsam werden wir als Grüne Jugend weiterhin die Menschen auf die Straßen  
102 bringen und den Widerstand organisieren. Wir werden die Politik der Ampel weiter  
103 kritisch begleiten und den Druck auf den Straßen weiter erhöhen, denn die  
104 parlamentarische Arbeit hat ihre klaren Grenzen. Wir als Linke haben jetzt die  
105 Verantwortung zu zeigen, wie soziale Politik für die Vielen mit den Vielen



106   gelingen kann.

107   Das wird unsere Aufgabe bleiben in den kommenden Wochen und Monaten.

108   Gemeinsam mit unseren Bündnispartner\*innen, mit den Landesverbänden und vor  
109   allem - unserem Herzstück - den Ortsgruppen.

**L-3 Bundesweites ÖPNV Bürger\*innenticket für 365€ im Jahr einführen - sozial gerechte Mobilitätswende stärken!**

Gremium: Delegierten der Grünen Jugend Hessen  
Beschlussdatum: 24.06.2022  
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

**Antragstext**

1 Das 9€-Ticket ist ein voller Erfolg! Mit über 16 Millionen verkauften Tickets  
2 bis Mitte Juni zeigt das 9€-Ticket eindeutig, wie hoch die Nachfrage nach  
3 kostengünstigem ÖPNV ist, gerade in Zeiten von stark steigenden Preisen für  
4 fossile Energieträger. Genauso kann eine sozial gerechte Mobilitätswende  
5 funktionieren und deshalb darf damit im September nicht Schluss sein!

6 **Daher fordern wir die Einführung eines bundesweit gültigen ÖPNV**  
7 **Bürger\*innentickets für 365€ im Jahr, im Anschluss an das 9€-Ticket.**

8 Das 365€-Ticket hat sich in verschiedenen lokalen und regionalen Modellen  
9 bereits als effizientes Konzept erwiesen und würde durch die in diesem Antrag  
10 geforderte bundesweite Gültigkeit einen noch deutlich gesteigerten Nutzen  
11 erlangen.

12 Um dies zu realisieren, benötigt es aber auch eine drastische und zeitnahe  
13 Erhöhung der Regionalisierungsmittel für eine nachhaltige Finanzierung des  
14 ÖPNVs. Dies ist zwingend erforderlich zur Entlastung der lokalen und regionalen  
15 Verkehrsunternehmen, die teilweise schon jetzt hoch defizitär agieren und deren  
16 Verlustgeschäft meist durch kommunale Haushalte ausgeglichen wird. Auf Dauer ist  
17 dies nicht tragbar, wenn Einsparungen im Angebot langfristig und flächendeckend  
18 verhindert werden sollen.

19 Zusätzlich setzen wir uns weiterhin perspektivisch für einen ticketlosen ÖPNV  
20 und für Modellprojekte zur Erprobung des Konzeptes in näherer Zukunft ein.

21 Aber alleine mit günstigeren Preisen ist es noch lange nicht getan! Um  
22 tatsächlich eine sozial gerechte Mobilitätswende zu verwirklichen, brauchen wir  
23 eine Stärkung der ÖPNV-Infrastruktur und einen massiven und schnellen Ausbau des  
24 Schienen- und Busnetzes, insbesondere im ländlichen Raum. Darüber hinaus wird  
25 auch eine deutlich höhere Taktung sowie größere Kapazitäten in Bezug auf

26 Fahrgäst\*innenzahlen benötigt. Außerdem muss endlich ein flächendeckend  
27 barrierefreier Zugang zum ÖPNV gewährleistet sein.

28 Die Frage darf, auch aus finanzieller Perspektive, nicht "entweder oder" lauten,  
29 sondern das 365€-Ticket und ein massiver und barrierefreier Ausbau des ÖPNV muss  
30 zusammen gedacht und durchgeführt werden!

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **F-1 Nachtragshaushalt 2022**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 20.06.2022  
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

### **Antragstext**

<sup>1</sup> Den Nachtragshaushalt findet ihr in der Übergangswolke unter folgendem Link:

<sup>2</sup> <https://nextcloud.gj-bv.os.verdigado.net/index.php/s/wAHya2ea6C4zzY8>

### **Begründung**

Aufgrund der sich deutlich geänderten Finanzlage ist ein Nachtragshaushalt notwendig. Alle Details dazu findet ihr unter dem Link, eine ausführliche Begründung erfolgt mündlich.